

SUDANESISCHE REVOLUTION

# Wofür starb Mohammed Ibrahim?

Vor einem Jahr begann die Revolution im Sudan. Der Diktator ist gestürzt, die Opposition hat einen Friedensvertrag mit dem Militär geschlossen. Doch der Erfolg der Revolution bleibt in der Schwebe.

VON IMAN OSAMA, BARTHOLOMÄUS VON LAFFERT (TEXT) UND HELENA LEA MANHARTSBERGER (FOTOS), KHARTUM

Sechs Monate sind vergangen, seit Mohammed Ibrahim ermordet wurde. An einem Abend Ende November sitzen wir seiner Mutter Umhani gegenüber, im Vorraum des Hauses in der Grossstadt Omdurman, das Mohammed am 11. Mai 2019 für immer verliess. Er war 26 Jahre alt. Draussen ist es noch immer über dreissig Grad. Mohammeds Schwester hat eine Schale mit Obst und getrockneten Datteln auf den Tisch gestellt, schenkt Tee mit Milch in die Tassen aus Porzellan. Durch die halb offene Tür weht roter Sand über den schachbrettgemusterten Fussboden. Die Freunde haben einen Spruch an die Hauswand geschrieben, den Mohammed kurz vor seinem Tod auf Facebook postete: «Wenn ich sterbe, denkst an mich. Denke an unser Lachen und an all die schönen Erinnerungen, wenn ihr hinauf zu mir in den Himmel schaut. Niemand weiss, wann seine Zeit gekommen ist.» Und wie einen Wegweiser haben sie in der Strasseneinfahrt ein übergrosses Porträt an die Wand gemalt. Daneben eine Sudanflagge, die Mohammed um die Schultern trug, als er starb. Die Mutter sagt: «Ich wünsche mir einfach, dass sein Tod einen Sinn gehabt hat.»

## Friede, Freiheit, Gerechtigkeit!

Vor einem Jahr, im Dezember 2018, begann der jüngste Aufstand gegen das islamisch-fundamentalistische Regime des Diktators Umar al-Baschir, der seit dreissig Jahren das Land beherrschte und der vom Internationalen Strafgerichtshof für Menschenrechte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht wird. Zuerst protestierten die Menschen in Atbara im Norden des Landes, eine Woche später zogen in

Khartum Hunderttausende durch die Strassen. Mobilisiert wurden sie von der freien Gewerkschaftsvereinigung SPA, die sich bald mit den anderen oppositionellen Kräften zu den Forces of Freedom and Change (FFC) zusammenschloss. Baschir versprach Reformen, dann rief er den nationalen Notstand aus, doch die DemonstrantInnen verschwanden nicht. Am 6. April zogen sie vor das Militärhauptquartier in Khartum. Hunderte blieben über Nacht, errichteten ein Sit-in, eine Art Protestcamp, dessen Zugänge sie mit Barrikaden aus Reifen, Ziegelsteinen und Stahlbetonröhren blockierten. Das Camp war so gross, dass man es in einer Stunde nicht durchschreiten konnte. Und als die Militärs Baschir am 11. April von der Macht putschten, blieben die DemonstrantInnen. Ihre Forderungen schrieben sie auf Plakate und Hauswände, sangen sie in ihren Liedern: Friede, Freiheit, Gerechtigkeit! Und immer wieder: «Medaniyye!», was übersetzt «Zivilisten-Regierung» heisst. Denn was sie nicht wollten: ein Militär, das ihnen die Revolution stiehlt, wie es im Nachbarland Ägypten geschehen war. 58 Tage hielten sie durch, bevor Sicherheitskräfte das Sit-in brutal auflösten. Doch das Ende erlebte Mohammed Ibrahim nicht mehr.

Wann sich Mohammed politisierte, daran kann sich seine Mutter nicht erinnern. Schon sein Vater, dessen Namen er trug, war politisch aktiv gewesen. In den neunziger Jahren hatte er die National Congress Party, Baschirs Fundamentalisten, unterstützt. Dann wendete er sich gegen sie, wurde festgenommen und für zehn Jahre inhaftiert. Er soll gemeinsam mit Freunden einen Putsch gegen den Diktator geplant haben. «Dass er ohne Vater aufwachsen musste, war für Mohammed die persönliche Schuld Baschirs», sagt die Mutter.

## Das Land verändern, nicht verlassen

Als er jünger war, hatte er noch Träume gehabt. Er hatte Bauingenieurswesen studiert, wollte einmal sein eigenes Unternehmen gründen. Irgendwann merkte er, dass er das ohne Geld und Kontakte zum Regime nicht schaffen konnte. «Mohammed sprach immer davon wegzugehen», sagt die Schwester Braa. «Sieben Mal hat er sich bei der Tombola beworben, um eine Green Card für die USA zu gewinnen. Ich habe ihn ausgelacht und gesagt: Du bist der Allerletzte, der geht!» Er habe auch darüber gesprochen, den «gefährlichen Weg» zu gehen: nach Libyen und dann übers Mittelmeer nach Europa. Lieber in Würde sterben als gedemütigt leben, habe er immer gesagt. Die Revolution muss ihm da wie ein Ausweg vorgekommen sein: Wenn er das Land nicht verlassen konnte, dann wollte er es wenigstens verändern. Im Januar schloss er sich deshalb dem Widerstandskomitee in seiner Nachbarschaft an.

Gleich gegenüber von Omdurman, auf der anderen Seite des Nils, liegt die Hauptstadt Khartum. Die Männer, von denen man sich dort erzählt, sie seien das Rückgrat der Revolution, sitzen in einem Wohnzimmer mit Blumen-

leuchtern an den Wänden und löffeln mit den Händen Fattah aus grossen bunten Plastikschalen. «Die Widerstandskomitees sind der Grund, warum das Regime die Revolution nicht von der Strasse schiessen konnte wie 2013», sagt Mohammed Jahia. Er trägt eine Collegejacke über knitterigem weissem Hemd und eine dünne schwarze Krawatte. Er ist so etwas wie der Wortführer des Komitees im Viertel Burri in der Hauptstadt, dem ersten Widerstandskomitee im ganzen Land. «Die Regierung war nicht mehr in der Lage, für die Grundbedürfnisse der Menschen aufzukommen: Wasser, Strom, Nahrungsmittel, Sicherheit. Da haben wir es selbst in die Hand genommen.»

Die Komitees schafften es, Hunderttausende zu mobilisieren. «Wir haben diese Regierung an die Macht gebracht, uns ist sie Rechenschaft schuldig.» Die Leute seien hungrig nach Veränderung, viel Zeit bleibe der Regierung nicht, um zu liefern. Ein bisschen wirkten die Männer vom Widerstandskomitee wie Wächter der Revolution. Sie wachen über Mohammed Ibrahim's Erbe.

Am Mittag des 13. Mai 2019 spricht Umhani Ibrahim das letzte Mal mit ihrem Sohn Mohamed. Am Telefon bittet sie ihn heimzukommen, damit sie gemeinsam Iftar feiern können, das Fastenbrechen. Es ist der achte Tag des Ramadan. Mohammed sagt, er werde erst spät kommen können, er müsse noch etwas erledigen, die Revolution warte nicht. Als die Mutter ihn spätabends wieder anruft, ertönt eine fremde Stimme: «Wer ist da?» «Hier ist Mohammeds Mutter.» – «Mohammed ist tot.» Sie habe keine Sekunde daran gezweifelt, dass der Mann am anderen Ende der Leitung die Wahrheit sage. Stunden später bringen Mohammeds Freunde seinen Leichnam nach Omdurman. Das Blut tropft noch aus der Sudanflagge, in die er gewickelt ist. Zwei Schüsse in den Kopf, einer in die Brust. Sie erzählen, dass er ihnen entgegengerannt war, als die Sicherheitskräfte die Barrikaden angriffen. Die meisten hatten versucht zu fliehen, Mohammed aber habe seinen Traum von Freiheit verteidigen wollen. Unbewaffnet, mit blossen Händen. Ibrahim ist als «Schahid» gestorben: als Märtyrer. So nennen sie im Sudan jene, die ihr Leben im Kampf um die Freiheit liessen. Ihre Konterfeis zieren heute die Mauern der ganzen Stadt.

Am 13. Mai werden insgesamt sechs Menschen getötet. Drei Wochen später, am 3. Juni, stürmen die Sicherheitskräfte das Sit-in. Sie tragen Uniformen der Polizei, des Militärs und der Rapid Support Forces. Sie vergewaltigen mehr als 70 Frauen und auch Männer, töten mindestens 128, verbrennen die Leichen oder werfen sie in den Nil. Viele DemonstrantInnen werden noch immer vermisst.

«Unsere Aufgabe ist es, dem Tod der Märtyrer einen Sinn zu geben», sagt Nagda Mansur. Wir sitzen auf einer alten Fähre im Nil, die junge Männer zu einem Café unfunktioniert haben. Mansur ist Menschenrechtsaktivistin, sie wurde am 25. Dezember 2018 gemeinsam mit 21 anderen Frauenrechtlerinnen festgenommen und 75 Tage inhaftiert. Vor wenigen Monaten

leuchten an den Wänden und löffeln mit den Händen Fattah aus grossen bunten Plastikschalen. «Die Widerstandskomitees sind der Grund, warum das Regime die Revolution nicht von der Strasse schiessen konnte wie 2013», sagt Mohammed Jahia. Er trägt eine Collegejacke über knitterigem weissem Hemd und eine dünne schwarze Krawatte. Er ist so etwas wie der Wortführer des Komitees im Viertel Burri in der Hauptstadt, dem ersten Widerstandskomitee im ganzen Land. «Die Regierung war nicht mehr in der Lage, für die Grundbedürfnisse der Menschen aufzukommen: Wasser, Strom, Nahrungsmittel, Sicherheit. Da haben wir es selbst in die Hand genommen.»

Die Komitees schafften es, Hunderttausende zu mobilisieren. «Wir haben diese Regierung an die Macht gebracht, uns ist sie Rechenschaft schuldig.» Die Leute seien hungrig nach Veränderung, viel Zeit bleibe der Regierung nicht, um zu liefern. Ein bisschen wirkten die Männer vom Widerstandskomitee wie Wächter der Revolution. Sie wachen über Mohammed Ibrahim's Erbe.

Am Mittag des 13. Mai 2019 spricht Umhani Ibrahim das letzte Mal mit ihrem Sohn Mohamed. Am Telefon bittet sie ihn heimzukommen, damit sie gemeinsam Iftar feiern können, das Fastenbrechen. Es ist der achte Tag des Ramadan. Mohammed sagt, er werde erst spät kommen können, er müsse noch etwas erledigen, die Revolution warte nicht. Als die Mutter ihn spätabends wieder anruft, ertönt eine fremde Stimme: «Wer ist da?» «Hier ist Mohammeds Mutter.» – «Mohammed ist tot.» Sie habe keine Sekunde daran gezweifelt, dass der Mann am anderen Ende der Leitung die Wahrheit sage. Stunden später bringen Mohammeds Freunde seinen Leichnam nach Omdurman. Das Blut tropft noch aus der Sudanflagge, in die er gewickelt ist. Zwei Schüsse in den Kopf, einer in die Brust. Sie erzählen, dass er ihnen entgegengerannt war, als die Sicherheitskräfte die Barrikaden angriffen. Die meisten hatten versucht zu fliehen, Mohammed aber habe seinen Traum von Freiheit verteidigen wollen. Unbewaffnet, mit blossen Händen. Ibrahim ist als «Schahid» gestorben: als Märtyrer. So nennen sie im Sudan jene, die ihr Leben im Kampf um die Freiheit liessen. Ihre Konterfeis zieren heute die Mauern der ganzen Stadt.

Am 13. Mai werden insgesamt sechs Menschen getötet. Drei Wochen später, am 3. Juni, stürmen die Sicherheitskräfte das Sit-in. Sie tragen Uniformen der Polizei, des Militärs und der Rapid Support Forces. Sie vergewaltigen mehr als 70 Frauen und auch Männer, töten mindestens 128, verbrennen die Leichen oder werfen sie in den Nil. Viele DemonstrantInnen werden noch immer vermisst.

«Unsere Aufgabe ist es, dem Tod der Märtyrer einen Sinn zu geben», sagt Nagda Mansur. Wir sitzen auf einer alten Fähre im Nil, die junge Männer zu einem Café unfunktioniert haben. Mansur ist Menschenrechtsaktivistin, sie wurde am 25. Dezember 2018 gemeinsam mit 21 anderen Frauenrechtlerinnen festgenommen und 75 Tage inhaftiert. Vor wenigen Monaten



Die Konterfeis der «Märtyrer» zieren

Mauern in ganz Omdurman: Jugendliche vor einem Wandgemälde mit dem Porträt von Mohammed Ibrahim.

Ma, er ist früher Tuk-Tuk gefahren und hat auf dem Markt Getreidesäcke transportiert, bevor er zum Vollzeitevolutionär wurde. Heute findet er keinen Job mehr, die Revolution ist vorbei. Seine Familie könne nur überleben, weil der Bruder mit den sudanesischen Streitkräften an der Seite Saudi-Arabiens im Jemen kämpfe und jeden Monat Geld nach Hause schicke. «Es hat sich nichts verändert für uns im Sudan», sagt er. «Das ist nicht die Regierung, für die Mohammed gestorben ist.»

Seit September ist die neue Regierung um Ministerpräsident Abdalla Hamdok im Amt. Noch ist sie vor allem damit befasst, die Zerstörungen aufzuarbeiten, die dreissig Jahre islamisch-fundamentalistische Diktatur hinterlassen haben. Ende November wurde das Public Order Law gekippt, das die Moral der Menschen kontrollieren sollte und Frauen vorschrieb, wie sie sich zu kleiden hatten und mit wem sie auf die Strasse gehen durften. Am selben Tag wurde Baschirs National Congress Party verboten. Zu vor schon wurde eine Frauenquote von vierzig Prozent im künftigen Parlament festgelegt und ein Komitee zur Aufklärung des Massakers vom 3. Juni einberufen.

Letztendlich würden das Überleben der Regierung und der Erfolg der Transformation davon abhängen, ob es gelinge, soziale und ökonomische Gerechtigkeit zu schaffen, sagt die Politikwissenschaftlerin Sara Abbas. Sie forscht an der Freien Universität in Berlin zu Regimedynamiken und Gender im Sudan. Die Bewältigung dreier Aufgaben sei dafür entscheidend: Gelingt es, landesweit Frieden zu etablieren? Findet die neue Regierung einen Umgang mit dem Militär und schafft sie es, die Milizen aufzulösen? Und bringt sie die sudanesischen Wirtschaft wieder zum Laufen?

Die erste Aufgabe wird derzeit im Südsudan verhandelt, in der dortigen Hauptstadt

Juba, wo die Regierung mit Anführern der Rebellbewegungen zusammensitzt, um nach Lösungen für die jahrzehntealten und noch immer schwelenden Konflikte in Darfur, Südkurdan und im Blue Nile State zu suchen. Und auch nach Wegen, wie die mehr als drei Millionen Binnenvertriebenen wieder in ihre Heimatregionen zurückkehren können.

Für die zweite Aufgabe gebe es keine wirklichen Lösungsansätze, sagt Abbas. In drei Jahrzehnten hatte sich Umar al-Baschir ein Netz aus Geheimdiensten, Armeen und Milizen geschaffen, deren einzige Aufgabe es war, die eigene Stellung, die Macht des Diktators und dessen Pfändungen zu sichern.

Die dritte Aufgabe liege nicht einmal in den Händen des Sudan, sagt Abbas. Kleptokratie, Sanktionen und Austerität hätten eine zerstörte Wirtschaft hinterlassen – und rund sechzig Milliarden Dollar Auslandsschulden. Noch immer ist die Menge des Geldes nicht bekannt, das die Mitglieder des Regimes gestohlen und im Ausland versteckt haben. Baschir wurde letzte Woche wegen Korruption zu zwei Jahren Hausarrest verurteilt, wegen 25 Millionen Dollar, die er kurz vor seinem Sturz aus Saudi-Arabien erhalten haben soll.

Währenddessen ist fast ein Drittel der sudanesischen Jugend heute arbeitslos, und das in einem Land, in dem mehr als sechzig Prozent der Menschen unter 24 Jahre alt sind. Zehn Milliarden Dollar brauche es, um den Sudan in den nächsten zwei Jahren wieder zum Laufen zu bringen, sagte Abdalla Hamdok nach seinem Amtsantritt.

Entscheidend wird dabei nicht zuletzt sein, ob Hamdok es schafft, die USA davon zu

überzeugen, den Sudan von der Liste der terrorunterstützenden Staaten zu streichen. Auf dieser befindet sich das Land seit 1993, als Al-Kaida-Chef Osama bin Laden in Khartum Zuflucht fand. Würde der Sudan nicht mehr auf der Liste stehen, könnten die US-Sanktionen aufgehoben werden. Sie haben den Sudan in der Vergangenheit wirtschaftlich weitgehend von der westlichen Welt isoliert.

## Die Geduld ist endlich

«Die USA sanktionieren uns, Saudi-Arabien und die Emirate unterstützen die konterrevolutionären Kräfte. Was wir brauchen, ist die Unterstützung der Europäischen Union», sagt Menschenrechtsaktivistin Nagda Mansur. Wenn schon nicht aus Grosszügigkeit, dann doch wenigstens aus strategischem Eigeninteresse. Im Sudan leben die zweitmeisten Binnenvertriebenen und die zweitmeisten Flüchtlinge in ganz Afrika. «Der Grund, warum Menschen fliehen, ist der gleiche, aus dem sie Revolution machen», so Mansur: «Kriege, Armut und autokratische Regimes.»

Die Europäische Union hat den Sudan auch schon unter Baschir unterstützt, um die Migration aus der Region zu stoppen. Nach dessen Abgang hat sie angekündigt, einen Teil der sudanesischen Staatsschulden zu tilgen sowie den Zugang zu Auslandsinvestitionen zu erleichtern. Zudem hat sie ein Paket in Höhe von 283 Millionen Euro beschlossen, um die Transformation zu unterstützen.

Das allein wird aber nicht reichen, so scheint es, wenn man Menschen wie Mohammed Jahia vom Widerstandskomitee in Burri

oder Choseifa aus Omdurman reden hört. Denn viel Zeit, um zu liefern, bleibt der jetzigen Regierung nicht. Die Geduld der Sudanesischen ist endlich, und wenn die Regierung die Erwartungen nicht erfüllt, wird es schnell wieder Proteste geben. Viele der RevolutionärInnen fürchten sich davor, dass dann das Militär die Macht wieder an sich reißen könnte – oder konservative Kräfte die Chance für eine Gegenrevolution nutzen. «Die Strukturen des alten Regimes haben sich nicht von heute auf morgen aufgelöst», warnt Nagda Mansur. «Sie sind noch immer da, auch wenn man sie nicht mehr sieht.»

Omdurman, ein Abend Ende November. Umhani Ibrahim hat sich schön gemacht, ein schwarzes, mit Blumen gemustertes Kleid angezogen, eine weisse Schärpe übergestreift, auf dem Gesicht ihres toten Sohnes abgebildet ist. Im Viertel findet heute eine Veranstaltung zu Ehren der MärtyrerInnen statt.

Auf dem Platz sind Bauzäune aufgestellt und mehr als hundert Stühle. Rechts sitzen die Frauen, links die Männer. Aus den Boxen dröhnen revolutionäre Lieder. In der Mitte des Platzes ist eine Bühne aufgebaut, auf drei Bildschirmen wird die Rede live übertragen. Umhani Ibrahim's Gesichtsausdruck ist entschlossen, als sie auf die Bühne tritt. Neben ihr hält ihre Tochter das Bild des toten Bruders. Die Mutter sagt: «Ich habe einen Teil meines Herzens für diese Revolution geopfert. Und ich sage Mohammed hier und jetzt: Du hast die Barrikaden gebaut, um dieses Land zu schützen, aus Liebe zu den Menschen im Sudan. Wir werden deine Mörder zur Rechenschaft ziehen.» Einige im Publikum applaudieren, Umhani Ibrahim hebt den weissen Zettel, auf den sie ihre Rede notiert hat, in die Luft. Dann ruft sie: «Die Revolution lebt und die Seelen der Märtyrer verdienen nicht weniger als Gerechtigkeit! Blut für Blut! Wir akzeptieren keine Kompromisse!»



«Dass mein Sohn ohne Vater aufwuchs, war für ihn die persönliche Schuld Baschirs»: Umhani Ibrahim.